

## **Pressekonferenz anlässlich der Vorstellung der Herbst-Konjunkturumfrage am 04. November 2016**

### **Beitrag von Dr. Volker Schmidt Hauptgeschäftsführer von NiedersachsenMetall**

**- Es gilt das gesprochene Wort -**

#### **Überblick**

Wir kommen zum ersten Konjunkturausblick 2017, mit dem wir erst jetzt auf Sie zukommen – sechs Wochen später als üblich, weil wir ein sehr vielschichtiges Bild aus unserer Konjunkturumfrage gewonnen haben, das uns Anlass gab, verschiedentlich nochmal in den Unternehmen nachzufragen. Klar ist: Wir haben es weiterhin mit einer stark gespaltenen Konjunktur zu tun. Das Wachstum in Deutschland und in Niedersachsen wird getragen vom privaten Konsum, Investitionen hängen dagegen weiter durch.

Für die Metall- und Elektroindustrie als klassischem Hersteller von Maschinen, Ausrüstungen und Investitionsgütern bedeutet dies: Der Inlandsmarkt ist weiterhin kein Wachstumsmarkt, im Gegenteil, moderne Produktionsanlagen werden vorzugsweise ins europäische Ausland exportiert und verstärkt auch wieder in die USA. Hinzu kommt: Die Investitionsmittel der Industrie, insbesondere des Maschinen- und Fahrzeugbaus, fließen von Jahr zu Jahr stärker am Standort Deutschland vorbei ins Ausland. Dort werden Maschinen, Anlagen und Fahrzeuge wie Fahrzeugteile gebaut, es wird immer weniger in den Aufbau heimischer Kapazitäten investiert.

Diesbezüglich haben wir vielleicht heute noch kein richtig sichtbares Problem, aber am Horizont zeichnet sich bereits eine deutliche Überalterung unseres Maschinen- und Anlagenparks ab, weil über Jahre hinweg zu wenig in die Modernisierung des Anlagevermögens am Standort Deutschland investiert wurde. Dabei gilt: Unternehmen, die bereits die Hürde Auslandsproduktion übersprungen haben, tun sich vergleichsweise leicht, auch weitere Kapazitäten im Ausland zu errichten, statt im Inland.

#### **Investitionen in Deutschland schwach – Kapazitäten im Ausland werden ausgeweitet**

Von den im Ausland bereits produzierenden Unternehmen planen 71 %, ihre Kapazitäten im Ausland auszuweiten und nur rund 40 % berücksichtigen noch das Inland. Unternehmen, die ihre Produktion im Ausland hochfahren, machen dies meist zu Lasten der Kapazitäten im Inland (Ergebnis Investitionsstudie April 2016). Auch ist Deutschland immer seltener Zielort von ausländischen Direktinvestitionen. Dies alles erklärt, warum nach dem schärfsten Einbruch der Nachkriegsgeschichte mit einem Rückgang der Investitionen um 22,5 % in 2009 der nachfolgende Erholungseffekt bei den Investitionen der bisher schwächste gemessene Anstieg in der Konjunkturgeschichte Deutschlands ist.

Mit jahresdurchschnittlich nur 3,5 % Zuwachs und damit nur etwa halb so stark wie in den 70er, 80er und 90er Jahren. Spiegelbildlich hat sich das deutsche Bruttoinlandsprodukt zwar seit 1991 verdoppelt, während die Ausrüstungsinvestitionen im gleichen Zeitraum aber auf nahezu dem gleichen Niveau verharren.

Dies alles muss umso besorgniserregender stimmen, als die Industrie im Zuge von 4.0, also der Digitalisierung großer Teile der Produktions- und Prozesstechnik, die von manchen Beobachtern schon als neue Basisinnovation vergleichbar mit Dampfmaschinen und Computer gewertet wird, eigentlich einen gewaltigen Investitionsschub in Gang setzen müsste. Davon ist im Augenblick nichts zu spüren.

Wir halten es daher für angebrachter denn je, dass Forschung und Entwicklung in den Betrieben, insbesondere im Mittelstand verstärkt steuerlich angerechnet wird, so wie es die Bundesratsinitiative der niedersächsischen Landesregierung vorsieht. Ebenso scheint uns dringender denn je die Wiedereinführung der degressiven AfA (Absetzung für Abnutzung) als bedeutende Abschreibungserleichterung. Beide Maßnahmen zusammen würden die Liquidität der mittelständischen Industrie bereits kurzfristig deutlich verbessern und nach unserer Auffassung dringend erforderliche Investitionen anregen.

Die Gleichgültigkeit, ja das demonstrative Desinteresse von Teilen der Bundesregierung, sich mit diesen beiden Forderungen der Wirtschaft – VDMA und M+E-Industrie – ernsthaft auseinanderzusetzen und die nachhaltige Investitionsschwäche der deutschen Wirtschaft überhaupt zur Kenntnis zu nehmen, ist für die Vertreter unserer Branche mittlerweile unerträglich.

Ich stelle fest: Die industrielle Basis der Industrienation Deutschland bricht weg und im Finanz- wie im Forschungsministerium der Bundesregierung wird dies nicht einmal zur Kenntnis genommen. Wie dort die Augen vor der Wirklichkeit in der Industrie verschlossen werden, ist schon verblüffend.

### **Beschäftigungsaufbau in der Industrie kommt zum Erliegen**

Es überrascht daher auch nicht, dass als Reflex der Investitionsschwäche der Beschäftigungsaufbau in der M+E-Industrie erstmals seit sechs Jahren zum Erliegen gekommen ist. Es werden 2016 und 2017 im Saldo keine zusätzlichen Arbeitsplätze in der niedersächsischen M+E-Industrie mehr geschaffen. Es fehlen vielfach die notwendigen Fachkräfte, der Arbeitsmarkt ist leergefegt und auch die Ausbildungsplätze können bei weitem nicht mehr alle besetzt werden. Die Zahl der Bewerbungen auf Ausbildungsplätze in der M+E-Industrie hat sich seit 2005 nach unseren Erhebungen im Schnitt geviertelt: 100 Bewerbern im Jahr 2005 auf eine Stelle stehen heute nur noch 25 gegenüber.

### **Großer Handlungsbedarf bei der dualen Ausbildung**

Das deutsche Vorzeigemodell der klassischen dualen Ausbildung gerät zunehmend in eine Sandwich-Position zwischen Bewerbermangel aus demografischen Gründen und einem Bewerbermangel aufgrund des wachsenden Trends zum Studium. Eine ganz wichtige Stellgröße zur Aufrechterhaltung der Konkurrenzfähigkeit der dualen Ausbildung sind die Berufsschulen:

Wir müssen viel stärker die entscheidende Rolle der Berufsschulen für die duale Ausbildung sehen! Hier besteht dringender Handlungsbedarf. Denn es gibt hier weder die modernen Maschinen, an denen der Nachwuchs die Zukunft der Arbeitswelt 4.0 kennenlernen kann, noch gibt es bereits heute die erforderliche Zahl von Berufsschullehrern. Wir steuern hier auf einen massiven Engpass zu. Wir sind zu Recht stolz auf die duale Ausbildung. Darum beneidet uns die ganze Welt. Aber wir müssen aufpassen, dass uns der Nachwuchs in den technischen Berufen nicht abhandenkommt, weil den Berufsschulen schlicht die Lehrkräfte ausgehen.

## Export

Die M+E-Industrie hängt am Außenhandel wie keine zweite Branche in Deutschland: Über 80 % der Produktion gehen in den Export. Stabilitätsanker dürften hier 2017 voraussichtlich nur die USA und der Euro-Raum sein, ebenfalls ein Anziehen der Nachfrage nach Industriegütern erwarten wir von den rohstoffabhängigen Schwellenländern z.B. in Südamerika; hier dürfte der wieder gestiegene Ölpreis die Nachfrage nach Einfuhren anregen. Bei China wissen wir im Augenblick zu wenig, um eine belastbare Aussage zu machen.

Mit wachsender Sorge blicken wir auf nationalistische und isolationistische Tendenzen in Europa und darüber hinaus. Dies gilt aus bekanntem Grund für Großbritannien. Aber auch hier gilt: Je länger die Unsicherheit über die tatsächlichen Modalitäten des Brexit andauern, desto retardierender die wirtschaftlichen Rückwirkungen. Immerhin drei von vier unserer niedersächsischen Unternehmen haben enge Geschäftskontakte in das Vereinigte Königreich!

Die Entwicklungen in Großbritannien gaben uns im Übrigen Anlass, in unseren Unternehmen noch einmal nachzufragen, wie sich der wachsende Einfluss nationalistischer Politik in Teilen Europas auf die wirtschaftlichen Beziehungen auswirkt.

Bemerkenswert ist, dass bereits unmittelbar nach der Regierungsübernahme durch die PiS in Polen zahlreiche unserer Unternehmen von urplötzlich aufkommenden Schwierigkeiten auf der kommunalen Ebene etwas beim Bau von Zufahrtstraßen in Gewerbegebieten, von Problemen bei Erweiterungsinvestitionen und neuen Hürden bei der Genehmigung von Produktionsanlagen zu berichten wussten. Der Regierungswechsel in Warschau schlug nach dem Eindruck vieler Unternehmen unmittelbar in den Kommunen durch.

Noch gravierender ist die Lage in der Türkei, mit der fast die Hälfte unserer Industrieunternehmen Geschäftskontakte unterhält: Fast neun von zehn Unternehmen beklagen mittlerweile, dass Rechts- und Planungssicherheit für Investitionen nicht mehr ausreichend gegeben sei. Sollte dies repräsentativ sein, liefe die Türkei Gefahr, sich als Standort für Direktinvestitionen etwa als Exportbasis für die Märkte des Mittleren Ostens – Lkw- und Aufbautenhersteller, Maschinenbau – zu verabschieden.

Und deswegen erlauben Sie mir auch aus aktuellem Anlass heute ein eher politisches Fazit unserer Bestandsaufnahme der Konjunktur in der niedersächsischen Industrie, die stark international ausgerichtet ist: Der wachsende Populismus und Nationalismus in Mitteleuropa und an den Rändern Europas gefährdet schlussendlich Arbeitsplätze auf dem gesamten Kontinent.

Und es werden als erstes diejenigen Arbeitnehmer in der Industrie betroffen sein, die den einfachen Forderungen populistischer Parteien nach Abschottung erlegen sind: Das sind Hilfsarbeiter, niedrig Qualifizierte und angelernte Arbeitskräfte. Jede Produktionskürzung geht vor allem zu ihren Lasten. Für Wachstum und Beschäftigung ist der um sich greifende Nationalismus in Europa Gift.

Christian Budde  
Pressesprecher

Tel.: 0511 8505 292  
Mobil: 0163 878 6976  
Fax: 0511 8505 201  
budde@niedersachsenmetall.de  
www.niedersachsenmetall.de